

**DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER**

# **DIE WIRTSCHAFTSFEINDLICHE POLITIK DER AFD**

Ein Analysepapier  
von **DIE FAMILIENUNTERNEHMER**



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Zusammenfassung</b>	<b>3</b>
<b>Vorbemerkung</b>	<b>4</b>
<b>Die Wirtschaftspolitik der AfD</b>	<b>4</b>
<b>1. Europa</b>	<b>5</b>
<b>2. Handel</b>	<b>6</b>
<b>3. Fachkräfte</b>	<b>7</b>
<b>4. Sozialstaat</b>	<b>8</b>
<b>5. Steuern</b>	<b>9</b>
<b>6. Energie</b>	<b>10</b>
<b>7. Digitalisierung</b>	<b>10</b>
<b>Fazit</b>	<b>11</b>

## IMPRESSUM | KONTAKT

### Ein Analysepapier von

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.  
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin  
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390  
kontakt@familienunternehmer.eu  
[www.familienunternehmer.eu](http://www.familienunternehmer.eu)

Berlin, April 2024

# ZUSAMMENFASSUNG

**Die AfD gibt sich gern als Schutzmacht des deutschen Mittelstands, doch diese Analyse zeigt, dass die Wirtschaftspolitik der AfD gegen die Interessen der mittelständischen Familienunternehmen gerichtet ist. Damit gefährdet sie Millionen von Arbeitnehmern und Auszubildenden. Die gravierendsten wirtschaftspolitischen Schäden sind:**

- Die AfD will Kitaplätze und Ganztagschulplätze reduzieren. Bisher berufstätige Mütter sollen ihre Kinder zuhause erziehen. Die Konsequenz: Vielen jungen Familien fehlt damit ein zweites Einkommen. Vielen Unternehmen fehlen die weiblichen Fachkräfte, so dass sie Aufträge ablehnen müssen, was zum Schrumpfen statt zum Wachstum führt.
- Die AfD will die Rente mit 63 beibehalten, wodurch allein in 2022 rund 200.000 Arbeitnehmer vorzeitig aus ihren Betrieben ausschieden. Die Arbeit für die Verbleibenden verdichtet sich dadurch, ihre Beitragssätze steigen an und Unternehmen verlieren Umsatz und Investitionskraft.
- Die AfD will Eltern für jedes ihrer Kinder zuvor geleistete Zahlungen in die Sozialversicherungen erstatten. Das kostet pro Jahr 15 Mrd. Euro, die dann den ohnehin maroden Sozialversicherungen fehlen. Für Rentner, Kranke und Pflegebedürftige versteckt sich darin eine Kampfansage. Oder Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen noch höhere Lohnzusatzkosten abführen.
- Die AfD plant eine Art einheitliche Bürgerversicherung, in die auch Beamte, Abgeordnete und kleine Selbständige einzahlen sollen. Sie verschweigt, dass mit den neuen Einzahlern auch neue Auszahlungen verbunden sind, weshalb es sich im günstigsten Fall um ein Null-Summen-Spiel handelt.
- Die AfD will die Grundsteuer streichen. Was sich vordergründig attraktiv für Hausbesitzer anhört, raubt den Kommunen – insbesondere in ländlichen Regionen – eine der wichtigsten Finanzierungsquellen. Einen Ersatz für die Kommunen sieht die AfD nicht vor.
- Das Steuerkonzept der AfD führt zu rund 50 Milliarden Euro weniger Einnahmen für den Staat. Das per se ist nicht falsch, aber die AfD sagt nicht, wo im Staatshaushalt sie das einsparen will – vor allem aber beansprucht sie sehr viel mehr Steuereinnahmen für ihr Rentenkonzept. Die Finanzierung der Renten hängt mit der AfD völlig in der Luft.
- Die AfD will raus aus der EU. Damit muss Deutschland aber auch den europäischen Binnenmarkt verlassen, was für unsere exportorientierte Wirtschaft der mit großem Abstand wichtigste Handelsraum ist. Die EU kann man zu Recht für vieles kritisieren, insbesondere für die Bürokratie, aber ohne Binnenmarkt wird unsere Wirtschaft gewaltig schrumpfen. Wohlstandsverluste für alle Bürger wären die Folge.
- Die AfD will deutsche Unternehmen von den Weltmärkten isolieren. Denn sobald es konkret wird, lehnt sie Freihandelsabkommen ab. So können unsere Unternehmen nicht von der internationalen Wertschöpfung profitieren, hier entstehen dadurch keine neuen, hochwertigen Jobs und ganz Deutschland verliert Wohlstand.
- Die AfD will den Bürgern ein »Recht auf ein analoges Leben« einräumen. Konkret bedeutet das, dass die öffentliche Verwaltung fast gar nicht digitalisiert wird – denn analoge und digitale Verfahren parallel vorzuhalten, ist für den Staat nicht finanzierbar. Aber die Digitalisierung der Verwaltung ist die Voraussetzung, um viel Bürokratie zu vermeiden. Die AfD zwingt die Bürger mit ihrer analogen Verwaltung dazu, in der Bürokratie zu verharren. Die Unternehmen müssen ohne Digitalisierung der Verwaltung Milliarden Euro unnütz für Bürokratie mehr bezahlen.

# Vorbemerkung

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind ein überparteilicher Verband. Wir setzen uns mit den Programmen und Positionen aller relevanten Parteien auseinander und prüfen, welche Partei sich wie zu unseren Themen positioniert. Mit Blick auf die hohen Umfragewerte der AfD, insbesondere in den Landtagswahlländern 2024, haben wir die Wirtschaftsprogramme und -forderungen dieser Partei analysiert. Da sich die AfD auch auf Landes- und Kommunalebene in der Regel sehr auf überregionale Themen fokussiert, spielen ihre bundes- und europapolitischen Positionen bis in die Kommunal- und Landtagswahlen in diesem Jahr eine wichtige Rolle.

## Die Wirtschaftspolitik der AfD

Die AfD hat sich von den einst wirtschaftsliberalen Prinzipien aus ihrer Gründungszeit zunehmend entfernt. Durch zahlreiche personelle Veränderungen, nicht nur an der Parteispitze, und entsprechende inhaltliche Häutungen haben in der Wirtschaftspolitik der AfD nationalistische sowie protektionistische Bestrebungen die Oberhand gewonnen. Die Grundsätze der freien Marktwirtschaft sind in den Papieren der AfD zwar noch zu finden, wurden aber faktisch deutlich in den Hintergrund gerückt. Ginge es nach den wirtschaftspolitischen Plänen der AfD von heute, würden der Standort Deutschland und die deutschen Familienunternehmen gravierend an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, zuzulasten von Millionen Arbeitnehmern.

Die Wirtschaftspolitik der AfD ergibt sich aus verschiedenen Wahlprogrammen und öffentlichen Aussagen ihrer führenden Politiker. Die Partei bedient mit populistischen Forderungen verständliche Sorgen vieler Bürger – aber weil es ganz offensichtlich kein Gesamtkonzept gibt, verheddert sich die AfD im besten Fall in irritierende Widersprüche. Häufig aber haben ihre eher platten Forderungen gravierende volkswirtschaftliche Schäden zur Folge. Damit schadet sie nicht nur den mittelständischen Unternehmen, sondern ganz konkret den Arbeitnehmern und Auszubildenden.

# 1. Europa

**Wir Familienunternehmer äußern oft Kritik an wettbewerbsfeindlichen oder bürokratischen Entscheidungen der EU – dennoch sind wir fest davon überzeugt, dass der EU-Binnenmarkt entscheidend für den Erfolg der deutschen Wirtschaft ist und dass es auf die großen Fragen europäische Antworten braucht. Die AfD hingegen lehnt eine institutionalisierte europäische Zusammenarbeit weitestgehend ab.**

Der EU-Austritt steht auf der Agenda der AfD, auch wenn einige ihrer Politiker diesen als »ultima ratio« bezeichnen. Wird die EU nicht im Sinne der AfD reformiert, liebäugelt die Parteispitze offen mit einem »Dexit«<sup>1</sup>. In ihrem Europawahlprogramm betrachtet die AfD die EU aber schon jetzt als »nicht reformierbar« und »gescheitertes Projekt«. Ein EU-Austritt hätte für Deutschland fatale Folgen: Laut Ökonomen würde die exportorientierte deutsche Wirtschaft innerhalb weniger Jahre um 6 Prozent weniger wachsen, in zehn bis 15 Jahren gar um 10 Prozent weniger. Es drohen 2,2 Millionen Arbeitsplätze wegzufallen<sup>2</sup>, mit allen Konsequenzen für die Sozialversicherungen.

Die AfD fordert die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (»Bund der Nationalstaaten«)<sup>3</sup>, was de facto ein auf den Binnenmarkt begrenzter Staatenverbund wäre. Ohne eine partielle europaweite Harmonisierung nationaler Gesetze, wie sie die AfD ablehnt, ist aber kein gemeinsamer Binnenmarkt möglich. Die meisten Staaten schlossen sich außerdem diesem Konstrukt niemals an. Denn schwächere Volkswirtschaften profitieren weniger stark vom Binnenmarkt als ökonomische Schwergewichte wie Deutschland. Daher erhalten sie aus dem EU-Haushalt Unterstützung zur Angleichung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Nicht weniger problematisch als ein EU-Austritt wäre der in der AfD diskutierte Euro-Austritt.<sup>4</sup> Deutschland würde seine Rolle als Handels-Champion (über die Hälfte aller Exporte gehen in EU-Staaten) einbüßen. Ein Comeback der D-Mark wäre mit einer riesigen Aufwertung verbunden und würde etliche Familienunternehmen im internationalen Wettbewerb enorm schwächen oder vom Markt fegen.

---

1 Bundessprecherin Alice Weidel im Interview mit der Financial Times vom 22.01.2024.

2 Institut für Wirtschaft (IW) Köln

3 AfD-Programm zur Europawahl 2024

4 AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

## 2. Handel

**Unzählige Familienunternehmen, darunter viele Weltmarktführer, sind eingebunden in europäische und globale Wertschöpfungsketten. Die auf Abschottung und Autarkie setzende Handelspolitik der AfD würde der Exportnation Deutschland das Rückgrat brechen.**

Auf abstrakter Ebene gibt sich die AfD zwar als Freund des Freihandels, wenn es konkret wird, handelt sie allerdings nach dem Gegenteil: Alle großen EU-Freihandelsabkommen der letzten Jahre – von TTIP über CETA bis Mercosur – wurden oder werden von ihr abgelehnt.<sup>5</sup> Untermalt wird dies mit einer grundsätzlichen West-Skepsis und der Hinwendung zu Russland.<sup>6</sup> Das ist eine völlige Ignoranz gegenüber den Möglichkeiten, wo unsere Exportnation ausreichend Geld verdienen kann.

Widersprüchlich bleibt auch die Haltung zum Handel und zur Kooperation mit China: Einerseits soll sich Deutschland am chinesischen Seidenstraßen-Projekt beteiligen<sup>7</sup>, andererseits warnt die AfD vor einem »Ausverkauf« deutscher Technologie nach China<sup>8</sup> und vor Abhängigkeit.<sup>9</sup>

---

5 AfD-Grundsatzprogramm, Abstimmung im Bundestag vom 01.12.22, Antrag der AfD-Fraktion im Bundestag vom 24.01.23

6 AfD-Programme zur Bundestagswahl 2021 und Europawahl 2024

7 ebd.

8 AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

9 Pressemitteilung der AfD-Fraktion Hamburg vom 10.05.23

## 3. Fachkräfte

**Familienunternehmen sind auf Arbeits- und Fachkräfte aus dem Inland, der EU und Drittstaaten angewiesen. Die AfD will die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit begrenzen und steht qualifizierter Einwanderung aus Drittstaaten tendenziell ablehnend gegenüber.<sup>10</sup> Viele ihrer Forderungen entzögen dem Arbeitsmarkt aber auch inländische Arbeitskräfte.**

Einerseits nennt die AfD den Fachkräftemangel eine »Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten«, die »kein maßgeblicher Grund für qualifizierte Einwanderung« sein könne.<sup>11</sup> An anderer Stelle erkennt sie zwar das Problem an, fordert aber in erster Linie die Qualifizierung deutscher und EU-Bürger sowie den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung (»Maschinen statt Migranten«).<sup>12</sup> Weder Problemnegierung noch die Einschränkung qualifizierter Zuwanderung helfen den Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung.

Die Einschränkung der EU-Personenfreizügigkeit<sup>13</sup> sowie die Einführung einer »Vorrang- und Alternativprüfung« bei der Arbeitsplatzvergabe<sup>14</sup>, die deutsche Bürger bevorzugen soll, würden den Betrieben die Fachkräftesuche zusätzlich erschweren und verkomplizieren.

Die AfD nennt Japan als Positivbeispiel für eine restriktive Einwanderungspolitik.<sup>15</sup> Gerade Japan, das Deutschland im Alterungsprozess um einige Jahre voraus ist, zeigt jedoch die schädlichen Folgen fehlender Zuwanderung. Betriebe suchen dort händeringend Arbeitskräfte, obwohl die Erwerbsarbeit von Frauen und Rentnern bereits historische Höchststände erreicht. Japan hat den Platz als drittgrößte Volkswirtschaft mittlerweile verloren.

Viele Forderungen der AfD würden auch das Reservoir an Arbeits- und Fachkräften im Inland mindern: Die Reduzierung von Kita- und Ganztagsschulplätzen – eine Folge der von der AfD angestrebten Stärkung elterlicher Kinderbetreuung<sup>16</sup> – würde Eltern die Jobaufnahme erschweren. Die geplante Wiedereinsetzung der Wehrpflicht sowie ein weiteres (!) Gemeinschaftsdienstjahr<sup>17</sup> entzöge junge Menschen für ganze zwei Jahre dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt. Die Rente mit 63, durch die allein 2022 rund 200.000 Beschäftigte den Arbeitsmarkt vorzeitig verlassen haben, will die AfD erhalten.<sup>18</sup>

<sup>10</sup> z.B. Programm der AfD Hessen zur Landtagswahl 2023 (»Anwerbung von Fachkräften aus Drittländern nur Ultima Ratio«)

<sup>11</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<sup>12</sup> Zitat von René Springer, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD im Bundestag, 2022

<sup>13</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, Antrag im Bundestag vom 16.12.20

<sup>14</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024

<sup>15</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, Resolutionen zur Arbeits- und Sozialpolitik der Sozialpolitiker der AfD-Fraktionen 2022

<sup>16</sup> AfD-Grundsatzprogramm

<sup>17</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<sup>18</sup> Ulrike Schielke-Ziesing, Rentenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2023

## 4. Sozialstaat

**Für die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung, die durch den Renteneintritt der Babyboomer verstärkt werden, hat die AfD keine Lösung. Im Gegenteil: Einige Vorschläge würden die strukturelle Schiefelage weiter verschärfen.**

Die AfD will den Renteneintritt flexibilisieren und das umlagefinanzierte System beibehalten.<sup>19</sup> Zum Konzept gehören aber auch Beitragserstattungen für Eltern in Höhe von 20 000 Euro je Kind, zudem soll der Staat jedem deutschen Kind monatlich 100 Euro auf ein Vorsorgedepot überweisen.<sup>20</sup> Für beide Leistungen sieht die Partei Steuermittel vor, ohne woanders Steuern erhöhen zu wollen. Allein die Beitragserstattung würde jährlich 15 Milliarden Euro kosten.<sup>21</sup>

Steigt der Beitragssatz auf 25 Prozent – was mit dem AfD-Konzept<sup>22</sup> geschähe – würde es für viele Arbeitnehmer noch schwerer, einerseits diese Kosten zu schultern sowie andererseits noch private Altersvorsorge zu betreiben. Die Rente mit 63, die Beitragszahler stark belastet, will die AfD derweil erhalten.<sup>23</sup>

In die Rente einzahlen sollen auch Abgeordnete, der »Großteil der künftigen Staatsbediensteten« sowie Selbstständige. Das wäre de facto eine Art Bürgerversicherung, auch wenn letztere bei Nachweis privater Vorsorge austreten dürfen.<sup>24</sup> Der Finanzierung des Systems hilft das alles nicht: Aus zusätzlichen Einzahlern erwachsen zusätzliche Ansprüche; die Demografie-Entwicklung wird dadurch nicht aufgehalten.

Auch weitere AfD-Vorschläge im Bereich Sozialstaat sind unklar oder überzeugen nicht: Sie ist für einen Mindestlohn<sup>25</sup> und fordert zum Teil auf Länderebene dessen Erhöhung.<sup>26</sup> Im Bundestag lehnt sie die politisch festgelegte Erhöhung ab.<sup>27</sup> Ferner plant die AfD die Leistungsstreichung für Jobverweigerer sowie die Verpflichtung Langzeitarbeitsloser zu gemeinnütziger »Bürgerarbeit«.<sup>28</sup> Letzteres birgt die Gefahr, reguläre Jobs zu verdrängen.

19 AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

20 ebd.

21 Martin Werding, Ruhr-Universität Bochum, in: DER SPIEGEL, Nr. 5 / 27.01.2024

22 Eckpunktepapier Alterssicherung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 2022

23 Ulrike Schielke-Ziesing, Rentenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2023

24 AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

25 AfD-Grundsatzprogramm, AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

26 Programm der AfD Niedersachsen zur Landtagswahl 2022, Pressemitteilung der AfD Sachsen vom Juli 2020

27 Abstimmung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 09.11.23

28 AfD-Antrag im Deutschen Bundestag vom 12.03.22

## 5. Steuern

**Die Steuersenkungsvorschläge der AfD gehen in der Kombination deutlich weiter als die anderer Parteien, mit der Folge großer Leerstellen im Staatshaushalt. Die Gegenfinanzierung bleibt völlig unklar.**

Die AfD setzt sich gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer und für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer ein, darüber hinaus für den Verzicht auf Grundsteuer und Soli.<sup>29</sup> Als »Hauptsteuern« nennt das AfD-Konzept Einkommensteuer und Umsatzsteuer.

So wichtig Steuerentlastungen für Unternehmen in Deutschland sind – die Vorschläge der AfD lassen jedoch ein konkretes Konzept und transparente Finanzierung vermissen. Allein durch geplante Streichungen im Bereich Migration wird die AfD-Steuerpolitik nicht zu finanzieren sein. Gänzlich offen bleibt, ob die AfD die Gewerbesteuer ersatzlos entfallen lassen will. Die Konsequenz aus dem Streichen der Gewerbesteuer in Verbindung mit dem geforderten Wegfall der Grundsteuer wäre, dass die AfD als selbsternannte Partei für den ländlichen Raum ausgerechnet den Kommunen ihre Finanzkraft entzöge.

Auf Basis des AfD-Programms zur letzten Bundestagswahl würden dem Staatshaushalt jährlich immerhin mehr als 50 Milliarden Euro fehlen.<sup>30</sup> Genaue Angaben darüber, wie und in welchem Umfang dies kompensiert werden soll, finden sich nicht. So wichtig eine Senkung der Unternehmenssteuern ist, so große Kürzungen im Haushalt müssen erläutert werden, damit die Steuerpolitik glaubwürdig wird. Überhaupt nicht zu diesem verschlankten Haushalt passt das AfD-Rentenkonzept, das stark auf Steuerfinanzierung aus dem Staatshaushalt setzt<sup>31</sup>.

Großkonzerne sollen nach dem Anteil ihrer Aktivität im steuererhebenden Staat besteuert werden.<sup>32</sup> Diese Steuererhöhung träfe indirekt vor allem kleinere Unternehmen. Konzerne würden die Steuer einfach an ihre Kunden weitergeben, darunter etliche Mittelständler. Ebenfalls zum Nachteil der meisten Betriebe: Die AfD will die Grunderwerbsteuer bei Eigennutzung abschaffen – aber nur für Wohneigentum und Landwirtschaft, nicht für Gewerbe- und Immobilienflächen.<sup>33</sup>

<sup>29</sup> AfD-Grundsatzprogramm

<sup>30</sup> ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

<sup>31</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021, Eckpunktepapier Alterssicherung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 2022.

<sup>32</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024

<sup>33</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

## 6. Energie

**Die AfD lehnt jegliche Klimaschutzanstrengungen sowie die Umstellung der Energieversorgung auf CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger ab, da sie den vom Menschen verursachten Klimawandel anzweifelt.<sup>34</sup> Notwendigen europäischen oder globalen Lösungen stellt sich die Partei entgegen.**

Nach AfD-Willen soll Deutschland alle internationalen Klimavereinbarungen aufkündigen sowie alle Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene abschaffen.<sup>35</sup> Ihrer teilweise berechtigten Kritik an der Umsetzung der Energiewende folgt keine Lösung. Da sie CO<sub>2</sub>-Bepreisung grundsätzlich ablehnt<sup>36</sup>, wäre mit der AfD auch kein Zertifikatehandel machbar. Deutschland würde den effizienten, marktwirtschaftlichen Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung verlassen, der in den bereits einbezogenen Sektoren Industrie und Energie sehr erfolgreich ist.

Die AfD ist gegen den Ausbau Erneuerbarer Energien und für den Rückbau von Windenergie.<sup>37</sup> Ein solcher Ausbaustopp nähme Unternehmen, die langfristige Energieverträge abgeschlossen haben, wichtige Planungssicherheit. Mit der geforderten Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen ließe sich die Politik auf einen Akteur ein, der die Lieferungen schon einmal für politische Erpressung nutzen wollte und dann aus politischen Gründen eingestellt hat.

## 7. Digitalisierung

**Beim wichtigen Zukunftsthema Digitalisierung mangelt es der AfD an Ideen und Konzepten, gleichzeitig verstrickt sie sich in Widersprüchen. Gegenüber neuen Technologien und deren Chancen überwiegt Skepsis.**

Die Ablehnung aller EU-Digitalisierungsverordnungen<sup>38</sup> und die Forderung nach einer »Regulierung der Digitalisierung in nationaler Hand«<sup>39</sup> zeigen, dass die AfD die grenzüberschreitende Dimension digitaler Geschäftsmodelle offenbar nicht verstanden hat. Auch zur digitalen Stadt (Smart City) hat sie keinerlei Konzepte.

Im großen Widerspruch zum Bürokratieabbauziel der AfD steht die Forderung nach einem »Recht auf analoges Leben«, was für die Partei bedeutet, dass der Umgang mit Behörden auch ohne digitale Identität möglich sein muss.<sup>40</sup> In der Realität würde damit die Digitalisierung der Verwaltung um Jahrzehnte verzögert. Komplette unmöglich würde sie ohne die von der AfD abgelehnte Registermodernisierung<sup>41</sup>, die das Once-Only-Prinzip in der öffentlichen Verwaltung erst ermöglicht.

Die AfD fordert zudem die Abschaffung der DSGVO und ein »neues, schlankes Datenschutzrecht«.<sup>42</sup> Im selben Atemzug pocht sie aber darauf, die »Freiheit der Bürger in Bezug auf Wort und Daten [zu] sichern«<sup>43</sup>, ohne jedoch auszuführen, wie dies in der Realität aussehen soll.

<sup>34</sup> AfD-Grundsatzprogramm

<sup>35</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, AfD-Anträge im Deutschen Bundestag von September und November 2023

<sup>36</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, AfD-Antrag im Deutschen Bundestag vom November 2023

<sup>37</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<sup>38</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024

<sup>39</sup> ebd.

<sup>40</sup> ebd.

<sup>41</sup> ebd.

<sup>42</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<sup>43</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024

# Fazit

In der Analyse wird deutlich, dass die AfD sich auch in ihrer wirtschaftspolitischen Grundhaltung sowie in ihren konkreten Forderungen sehr von den wirtschaftsliberalen Ideen ihrer einstigen Gründer entfernt hat. Entgegen den eigenen Behauptungen hat sich die AfD entschieden gegen die Interessen des familiengeführten deutschen Mittelstands und zum Schaden des Standorts Deutschland aufgestellt.

Dieses Fazit sollte allen zu denken geben, die vor allem aus Protest gegen die Fehler der Ampel der AfD zuneigen. Die gravierenden Fehler der aktuellen Regierung, die viele Bürger in die Arme der AfD treiben, haben wir in der → **Broschüre (Link) »Welche Fehler der Ampel-Regierung stärken die AfD?«** herausgestellt.

Es gibt bessere Alternativen zur Wirtschaftspolitik der Ampel als die AfD.

**DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.**

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

[kontakt@familienunternehmer.eu](mailto:kontakt@familienunternehmer.eu)

[www.familienunternehmer.eu](http://www.familienunternehmer.eu)

Illustration: DIE FAMILIENUNTERNEHMER

